

ANNUITÄTENBEIHILFE

Ansuchen

Einzureichen beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abt. Wohnbauförderung
über den **Stadtmagistrat Innsbruck bzw. das Gemeinde(Stadt)amt**

1. Ansuchen Folgeansuchen

Zahl: WBF-MuAB

Eingangsstempel
des Stadtmagistrates Innsbruck, bzw.
des Stadt-, Markt- oder Gemeindeamtes

Eingangsstempel
der Abteilung Wohnbauförderung

Förderungswerber / Antragsteller (Empfänger der Beihilfe)

Familien- oder Nachname: Vorname:

Wohnadresse

(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Top-Nr.):

Geburtsdatum: Telefonnummer: E-Mail Adresse:

derzeit monatliches
ausgeübter Beruf: Nettoeinkommen: EUR selbstständig nicht selbstständig

Personenstand: ledig verheiratet in eingetragener Partnerschaft lebend geschieden verwitwet

Staatsbürgerschaft: Österreich sonstige (Angabe des Staates):

Angaben zur Eigentumswohnung / zum Haus

Adresse

(Postleitzahl, Ort, Straße, Hausnummer, Stiege, Top-Nr.):

Bezugsdatum der Wohnung: Nutzfläche: m²

Anzahl der Räume (Zimmer) der Wohnung: Küche Bad WC Dusche Speis Vorraum

Bau- bzw. (bei Eigentumswohnungen) Anschaffungskosten (ohne Grundkosten) EUR

Finanzierung der Bau- bzw. Anschaffungskosten

a) Eigenmittel und Eigenleistung EUR

b) Wohnbauförderungskredit EUR

c) Wohnbauscheck des Landes EUR

d) Kredit der Bausparkasse EUR

e) Kredit sonstiger Bankinstitute EUR

f) Kredit vom Dienstgeber EUR

g) Sonstige Mittel EUR

Summe aller Finanzierungsmittel (muss mit der Summe der Bau- / Anschaffungskosten übereinstimmen) **EUR**

Von der Wohnortgemeinde auszufüllen

Angaben zum Mietobjekt

Katastralgemeinde

Einlagezahl im Grundbuch

Grundstück(e) – Nr. (Gp. bzw. Bp)

Hinweis: Der Antrag kann nur bei vollständig ausgefüllten Angaben zum Mietobjekt weiterbearbeitet werden.

Bestätigung der Angaben im Ansuchen

Die Richtigkeit der vom Beihilfenbezieher (von der Beihilfenbezieherin) gemachten Angaben werden bestätigt.

Gleichzeitig verpflichtet sich die Stadt-, Marktgemeinde, der Stadtmagistrat Innsbruck oder die gemeinnützige Institution dem Land Tirol auf Grund des (Gemeinderats-) Beschlusses vom 30 Prozent des Beihilfenbetrages zu ersetzen.

Allfällige Stellungnahme:

..... , am

.....
Unterschrift des **Bürgermeisters**
und **Gemeindesiegel**